

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Musikalienpreise: Grammofon, 20.000 Mark, M. 2.-, für das  
Kunstland M. 10.-, Röntgenofon, 21.000 Mark  
M. 6.-, mit Motorvorrichtung M. 7.-, für das Kunstland M. 20.-, die  
Lizenzen über fünfzig 10.000 S. Preisabfindung. Briefporto für Durch-  
sendungen bis 10.000 S. Preisabfindung laut Tarif. Für Einschüsse  
an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewalt übernommen.

Bezugspreise: Bei früher Auslieferung bis Haus durch Zulieferer bis  
nach M. 17.25, vierstündig bis M. 17.25, post-  
bezug im Deutschland: Dienstag M. 5.25 ohne Aufschlusskosten, post-  
bezug im Ausland laut Eintragung in den Postlichen Kreuzbandabzügen  
im Inland täglich M. 2.70, nach Eingeloggnummer 30 Pf.  
dem Ausland täglich M. 4.50.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-M., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13 525, 13 638, 13 897 und 17 109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060  
Richterungs-Anbindungen (ohne Absatz) werden mehrfach nach ausgewählt. — Im Falle ihrer Gewalt, Betriebsförderung oder Streik haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Ablieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anfalls.

## Revolutionssituation in Belgien

Das unterste Maßnahmen

Paris, 20. September

Die jüngsten politischen Vorfälle in Belgien erfordern die den Eintritt, doch sehr anstrengende Er-  
gänzung der revolutionären Welt zu erma-  
chen sind. Am 19. September wurde von einem belgi-  
schen Vertreter des katholischen Konservativen ver-  
kündet, dass Belgien zeit zum Untergang wäre; in dem  
Augenblick, wo sich ein Schlag für die Durchführung der  
Revolution fände, ginge alles so, wie man es seit Ende  
des Krieges wünscht und die Umwandlung sei  
unvermeidlich. Es ist jetzt bekanntgeworden, dass die  
katholische Partei und katholischen Gruppen den  
Zentrum von sozialistischer Seite unterstützte, offen auf  
die Revolution einzutreten. Seit dem  
Tod des "Eroberers", die sich in einer Anzahl  
von 175 000 Mann bereit als "Revolutionärarmee" be-  
zeichnet, haben die Katholiken ihre Haltung gegenüber  
den Nationalisten sangat verändert und fingen den  
Katholiken, die den Linksparteien und radikalen  
Gruppen, deren Macht jetzt förmlich zunimmt. „Die  
Revolution kann höchst ausbrechen“, so äußerte sich  
vor einigen Tagen ein Freund des Ministerpräsidenten,  
und es wird auf französische Gefechtsfront  
in Brüssel über alle Maßnahmen beraten, die im Falle  
des Unterganges zu treffen wären. Frankreich würde  
es leicht machen, in die innere Verteilung Bel-  
giens einzumischen, unter der Voraussetzung, dass  
die neue, aus dem Umsturz hervorgehende Regie-  
lung den eingegangenen Verpflichtungen nachkomme,  
also auch den frontierten Mittelpunkte. Da-  
jedoch die sozialistischen und radikalen Parteien  
gerade diese Konvention als das Ergebnis der nationa-  
listischen Fronten ansehen, so ist anzunehmen, dass  
die französische Regierung, im Falle eines Um-  
sturzes in Belgien, vor ein sehr ernstes dilemma ge-  
stellt sehen würde. Dies zeigt man in den französi-  
schen Kreisen in Brüssel und sucht daher vor Vor-  
schlag die Verhandlung zwischen Belgien und Holland zu  
erreichen, in der Hoffnung, dass dadurch eine leise  
Grußkunde für die Militärskonvention, die heute  
seinerzeit noch in der Luft hängt, geschaffen würde.

Die Revolutionssituation in Belgien  
wirkt auf das schweren Wirt-  
schaftsnot des Landes, das von den Na-  
tionalisten und den Militärs aufgehetzt wird. Man  
sieht wieder mit Militärscheinen zu während  
der Revolutionszeit. In die Höhe gehen und nach  
den Seiten klagen aufgedrängt werden, um gegen die  
sozialistischen Parteien heranzuhören. Die So-  
zialisten richten ihre Angriffe mit Erfolg gegen die  
Bauernverbände der "sozialen Gemeinschaft"; sie  
erzielen eine durchsetzende Reform der Arbeits-  
bedingungen, Altervervorsorge und Aufholung für die  
Geburten. Die Altervervorsorge, vom 60. Jahre an, müsse im Einklang stehen mit dem heutigen  
Sozialstandards. Ferner wird von den Sozialisten die  
Abstufung der antideutschen Politik  
erfordert, und das auf Grund der mit dem  
deutschen Sozialismus erreichten Ver-  
ständigung. Im Lager der Sozialisten  
befinden sich die sozialistischen Politiker. Ihre  
Befürchtung ist in der Vorstellung: Sozialbewegung  
aufzugeben.

Die revolutionäre Bewegung ist ausgesprochen  
revolutionär. Das will der königliche Hof,  
und es scheint, dass für diese Revolution alle notigen  
Vorbereitungen getroffen werden. So gedenkt die ge-  
plante Versetzung des "Königspalasts" mit einer  
Totale des königlichen Ministerpräsidenten in die  
Zeit der "Präventivmaßnahmen". Dem König  
wurde vor einiger Zeit, bei einem Besuch in Südtirol,  
ein neuer Vater gezeigt, er möge nicht darauf  
rechnen, dass sein Sohn den Thron Belgien bestreiten  
möchte, denn Belgien ist im Begriffe, Regierung zu  
werden!

Die aktive Röhrigkeit entwickelt sich in  
einer für die Sozialisten günstigen Richtung. Von  
den Nationalisten kann schwer in das Ministerium  
eindringen; die nationalistischen Elberer erfreuen sich  
des Platzes. „Kriegsgemüter“ zu sein. Sie sind bei  
der Wehr großzügig verhaft. Dagegen ist für die Sozial-  
isten, denen sich die Katholiken anschließen, großer  
Widerstand, im Ministerium eine Mehrheit zu erzielen.  
Man hält dies für den Aufbau zur Unwollung, die  
sich nach der Regierung dieser Kräfte, ohne Blutver-  
gießen und mit der wirtschaftlichen Weisheit voll-  
ziehen wird.

Eine Internationale des Bürgertums

\* Paris, 27. September. (Sig. Drägerbericht.) Aus  
Kopenhagen wird dem "Intransigeant" gemeldet: In  
der nächsten Woche wird in Brüssel die internationa-  
le Konferenz der Arbeitnehmer eröffnet.  
Die Konferenz wird ein fast interkontinentaler Kongress  
ausbreiten und zwar die, die in den verschieden-  
en Ländern bestehenden Vereinigungen zu einer  
internationalen Gemeinschaft zusammen-  
führen. Die nördlichen Länder Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland haben bereits ein Pro-  
jekt hierzu aufgestellt. England soll einen solchen  
Vorschlag ebenfalls sehr gern gegenüberstellen und  
dort sein, einen Delegationsrat aus Dänemark zu ent-  
senden, um die Angelegenheiten eingehend zu besprechen.  
Der Vorsitz der Konferenz wird von den Arbeit-  
nehmern selbst ausgetragen. Der Generalrat  
wird darüber noch schwieriger wird, da sie vor De-  
zember kaum mit einer Einigung aus dem Reichs-  
tagen zu rechnen wissen. Da die Gemeinden vielleicht  
nicht einmal mehr ihre Beamten bestellen können, muss  
der Staat wiederum eingreifen, was nur auf dem Wege  
des Kredits geschehen kann. Es ist klar, dass diese Ent-  
scheidung bald aufzubringen müssen.

Die Steuern der Länder und Kommunen

Wie wir hören, haben die Länder, nachdem be-  
reits seit Monaten die Steuerhöhe auf das Reich über-  
gegangen ist, noch nicht einen Plan für ihren Steuer-  
antritt erhalten. Vor November dürfte aus kaum  
mit einem Eingang dieser Planen zu rechnen sein.  
Doch Sommer steht es mit den Gemeinden, deren  
Budget noch schwieriger wird, da sie vor De-  
zember kaum mit einer Einigung aus dem Reichs-  
tagen zu rechnen wissen. Da die Gemeinden vielleicht  
nicht einmal mehr ihre Beamten bestellen können, muss  
der Staat wiederum eingreifen, was nur auf dem Wege  
des Kredits geschehen kann. Es ist klar, dass diese Ent-  
scheidung bald aufzubringen müssen.

Freistaat Flume

\* Rom, 27. September. Die Wahl der sozialisti-  
schen Regierung von Flume ist nunmehr voll-  
endet worden. Die Stadt wird in Rom, Paris und Bern-  
burg diplomatische Missionen einrichten.

## Die Brüsseler Finanzkonferenz

Die Internationale Finanzkonferenz hat bis von  
den Organisationen durch angekommene Geschäftsräte  
angekommen. Es wurde beschlossen, dass das  
Französische die amtliche Sprache der Konferenz sein  
und das lateinische Recht als Praktische überliefert werden soll.  
Die Delegationen der Weltfront sollen das Weltrecht, die  
auf der österreichischen Front das Rote ukrainische Heer,  
die auf der türkischen und der Donaufront das Sowjetische  
und die auf der russischen Front das Oberserbe Heer  
bilden. Die österreichischen Delegationen sollen das Österreicher  
und die russischen Delegationen sollen das Russische Heer.  
Trotzdem ist Oberdeutschhaber: ihm habe Bodenpoldeks  
aus Seite.

\* Paris, 20. September. Neben die Sonnen-  
blume-Klausen der Finanzkonferenz verzichtet der  
Sonderberichterstatter des "Tempo": 11 Staaten  
haben ihre wirtschaftliche und finanzielle Lage klar  
dargelegt. Diese Erklärungen wurden ver-  
schieden aufgenommen. Die Erklärungen der euro-  
peischen Nationen, die während des Krieges ihre  
Neutralität bewahrt haben, hemmen sich, ihre  
wirtschaftliche Lage in einem sehr trüben Licht  
erscheinen zu lassen. Man hat den Eindruck, dass die  
sozialistischen Parteien ihre eigenen Interessen im Hintergrund  
und ihre Pläne pro domo führen, um keinenlei  
Vorlieben anzubringen und keine Opfer bringen zu  
müssen. Nach dem Bericht des "Tempo" ist die  
Lage der neuen Staaten viel müglicher. Vo-  
niedem aus sieht dies aus den Aussichtskarten des vol-  
kischen Finanzministers davor. Nach dem "Anton-  
spect" sollen morgen Frankreich und England ihre  
Werthe abstimmen, wobei dann endlich die Debatten  
beginnen, die den eigentlichen Zweck der Konferenz  
bilden.

Am heutigen Montag wird also in die eigentliche  
Klausur einzutreten über die sozialistisch erarbeitete  
Finanzkonferenz. Leider ist aus dem französi-  
schen Bericht bemerkbar, dass die Behauptung, dass  
der Notenumlauf in Frankreich dazu reicht, un-  
zutreffend ist. Es muss sich bald zeigen, ob diese  
Behauptung auf Tatsachen beruht oder nur zur Stim-  
mungsmasse bestellt ist.

Deutschland kann nur mit Waren zahlen

\* Berlin, 20. September. Das Export der deut-  
schen Delegierten auf der Brüsseler Konferenz beläuft  
sich jetzt wieder mit Wirtschaftsberichten zu während  
der Revolutionszeit. In die Höhe gehen und nach  
den Seiten klagen aufgedrängt werden, um gegen die  
sozialistischen Parteien heranzuhören. Die So-  
zialisten richten ihre Angriffe mit Erfolg gegen die  
Bauernverbände der "sozialen Gemeinschaft"; sie  
erzielen eine durchsetzende Reform der Arbeits-  
bedingungen, Altervervorsorge und Aufholung für die  
Geburten. Die Altervervorsorge, vom 60. Jahre an, müsse im Einklang  
stehen mit dem heutigen Sozialstandards. Ferner wird von den Sozialisten die  
Abstufung der antideutschen Politik  
erfordert, und das auf Grund der mit dem  
deutschen Sozialismus erreichten Ver-  
ständigung. Im Lager der Sozialisten  
befinden sich die sozialistischen Politiker. Ihre  
Befürchtung ist in der Vorstellung: Sozialbewegung  
aufzugeben.

Dr. Reinhold gegen die Zwangsanleihe

Finanzminister Dr. Reinhold äußerte sich zu  
einem unter Mitarbeiter über den Plan einer  
Zwangsanleihe folgendermaßen:

"Wir erscheinen in diesem Augenblick, wo unsre ge-  
famte Industrie und unser gesamter Handel finanziell  
in einer Weise angepannt sind, dass aus fremden, die  
noch vor Kurzem einen ersten hohen Status aufzuweisen, infolge des geführten Weltkrieges einen  
anderthalbzigjährigen harten Geldbedarf haben, eine  
Zwangsanleihe außerordentlich gefährlich.  
Sie ist eine neue Kriegerziehung des Adels stark ge-  
schwächt. Ein britisches Projekt bedeutet und zur Kata-  
strophe führen könnte. Dazu kommt, dass eine Zwangs-  
anleihe, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs verhindern  
würden, die später nicht unterlassen habe. Unter solchen  
Umständen würden militärische Maßnahmen notwen-  
dig, die Völker sicher immer vermieden haben. Die  
Haltung der italienischen Regierung beweist, dass sie  
nicht gekommen sei, die Befreiung des Weltkriegs zu  
gewinnen, auch wenn sie einen gewissen zeitlichen  
Teil des Kapitals erhält, doch nur einen Betrag bringt  
darin, sondern nur vorübergehend abheben  
möchte, während diese Abgabe gerade in die jeweiligen  
Kriegszeit für Industrie und Handel einen dauernden  
Schaden bedeuten würde, der dem Rande der  
großen Steuerabgeltung der dem Reich und den  
Städten gegeben ist. Ich fürchte, dass die Befürchtungen  
der Befürchtungen der Finanzminister in einem Augenblick  
eine katastrophale Entwicklung des Weltkriegs

zusammenbrechen. Wenn ihr wollt, daß Deute für euch arbeiten sollen, so dürft ihr nicht damit anfangen, ihnen das Werkzeug wegzunehmen... Wenn Bezahlung in Gold oder in Arbeit undurchführbar ist, so folgt, daß die Entschädigung nur in Waren bezahlt werden kann und weiter, daß die Bezahlung nicht vollzogen ist, bis Waren ausgeführt werden sind. Eine Bezahlung in Material würde mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein und Deutschland hat auch nicht viele Rohstoffe zu liefern. Kohle, Kali, Eisen, Altbauwesen und Bergbau, die sich zu dem Zweck eignen würden. Zum größten Teil muss die Entschädigung in Getreidewaren bezahlt werden... Zweitens muss man sich nicht vorstellen, daß alle die Entschädigungswaren, wenn ich sie so nennen darf, in unser Land kommen würden. Im Gegenteil, sie würden an die Länder verschifft werden, die den größten Bedarf danach haben und den höchsten Preis dafür zu zahlen bereit sind... Die Quelle aller Entschädigungsabnahmen sind die jährlichen Exporte oder der Außenhandel und Abzug des eigenen Verbrauchs. Wie hoch sind auch die Überbrückungsbeträge möglichen, sie können doch nur zum Teil für die Bezahlung der Entschädigung verwendet werden. Die Menschen arbeiten nicht ohne Ausstand auf Verdienst. Der gute Wille zu arbeiten mag da sein. Es mag ein gewisser Anteil vorhanden sein, ein gewisser Grad von Beschäftigung und Ruhe ist den Exzess über die gewöhnliche Lebenshaltung hinzu, oder der Arbeiter wird das Werkzeug aus der Hand legen. Das Kapital muss das gebrauchte Verdienst gagebilligt werden, sonst werden alle Schwingen müssen und es wird dann die erprobte Weisheit der Deutschen selbig in der Entwicklung der Hilfsquellen ihres Landes zu erreichen. Es wäre besser, man überlässt es ihnen selbst, ihre Geschäfte zu betreiben. Abt Getreide und Mehl vom guten Glauben geboren und in Freiheit großgezogen, muss ihnen gelassen werden, wenn sie diese Hilfsquellen in solcher Grade entwickeln sollen, daß sie eine Entschädigung zahlen können. Um höhere Preise wird es eine mühselige Arbeit sein. Der hohe Preis wird in Deutschland in Verbindung mit der erdrückenden Steuerlast bedingt verhältnismäßig hohe Erzeugungskosten, die für Deutschlands Außenhandel als abstoßende Faktur ein Hemmniss sein werden. Es wird nicht mehr instande sein, auf gleichem Fuß mit konkurrierenden Staaten wie schwedischen, finnischen Waren unter ungünstigen Umständen an widerstrebende Kunden abzugeben in den Ländern, deren freundlichste Gemüthe es durch seine Verbesserung der Gewinnabilität und Kaufmacht verworfen hat. Wenn zu diesen, so möglichen, wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinzukommt, daß Deutschland einer Art von internationalem Boykott ausgesetzt und durch feindliche Politiken und Gebührenordnungen drangsaliert, wenn ihm der freie Zugang zu den Höfen und Märkten der Welt verweigert und es so gehindert wird, sich die Hoffnungen zu verwirklichen, die es für seine Industrie wichtig hat, dann wird der Geist in der Tat zum Krüppel werden, aber auf Kosten unsrer eigenen Länderei, denn wie werden keine Kriegsentschädigungen erhalten.

Der Nationalökonom weiß, daß sich hierauf nichts erbringen läßt. Es ist logisch unangreifbar und durch die Erfahrungen längst bewiesen. Diese These schließt die Möglichkeit einer Biedergutmuthung oder einer Entschädigung teilswegs aus. Im Gegenteil, es liegt uns nur daran, die einzige Bedingung zu kennzeichnen, unter der es gelingen kann, Deutschland zu zwingen, weniger zu etwas zu bezahlen, es überhaupt dazu instand zu setzen, und die ist, daß es die Freiheit habe und dabei unterstützt werde, so schnell wie nur möglich sein Wirtschaftsleben wiederzufauen und an die Arbeit zu gehen.

### Besseres Bier

Der Reichsrat nahm in seiner öffentlichen Sitzung am Sonnabend einen neuen Verordnung über die Bierkontingenzen Bierbrauereien an. Die Verordnung erhöht das bisherige Kontingenzenjährlicher Brauereien gleichmäßig für Norddeutschland und Süddeutschland auf 5 Prozent. Darauf wird den Brauereien die Wohlthat gegeben, das Bier für einen Betrag eines jährlichen Bierverbrauchs zu erneutern. Der Konsum des Bierbrauers ist derart ungestrafft, daß, wie der Ausfuhrberichterstatter berichtet, viele Brauereien vor dem militärischen Krieg stehen. Es müsse unbedingt etwas geschehen, um die Notlage der Brauereien zu beseitigen. Wenn man ihnen nicht die Möglichkeit gäbe, Bier mit höherem Stammwürzegehalt anzubieten, so besteht die Gefahr, daß der Biermarkt wieder auf Kosten unsrer eigenen Länderei, denn wie werden keine Kriegsentschädigungen erhalten.

Am

Brauindustrie eingetreten werden soll, wie ein Aufleihen gefunden werden kann für solche Brauereien, die gewünscht sind, sich der leeren Außenabfertigung zu bedienen, um ihr Marktfontangebot von 5 Prozent aufzubringen.

### Kartoffelpreise und Selbsthilfe

ITA, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Während die überhaupten landwirtschaftlichen Organisationen für verpflichteten, zum Schutz der wirtschaftlichen Schwaden von jedem Morgen Kartoffelabfuhrhöhe 5 Rentner zum Preise von 20 Pf. pro Rentner zur Bezahlung anstellen und in den nächsten Tagen Großbalkanische Gesellschaften, wurde in einer Versammlung der Beamtenausschüsse und Betriebsräte des gesamten Reichsvermögens festgestellt, daß trotz der bestreitenden Landwirtschaftlichen Organisationen eine gewalige Steigerung der Kartoffelpreise bemerkbar sei, und daß die Regierung unter der Präsidenten und Arbeiterschaft einen deutschnahen Groß exerce habe. An das Reichswirtschaftsamt und Reichsverkehrsministerium wurde die telegraphische Anforderung gerichtet, entsprechende Maßregeln einzulegen, die Befreiung zu erlangen und die kleinen Ausgleich für die durch das schlechte Wetter durchsämtliche Unzulänglichkeit der ländlichen Bevölkerung, besonders des Armeren, im November für Weihnachten etwa 25 Pfund Mehl für den Korb zu erschwinglichem Preise auszuhören. Nun ist der Zeitpunkt verpast.

**Die Demokratentagung in Ulm**

+ Ulm, 27. September. (Eig. Drahtbericht) Auf der Tagung der Deutschnationalen Reichsregierung ist bei der Fraktionssitzung der Sozialdemokrat bei der Aussprache über die politische Lage ein großes Referat, in dem er u. a. ausführlich eine Hauptausgabe in den deutsherrn auswärtigen Politik ist, den standigen Bestrebungen unserer Regierung keinen Anschluß zur Bezahlung zu geben. Er betonte die Wichtigkeit und die Schwere der Pflicht gegen die besetzten Gebiete und wandte sich dann der inneren Politik zu. Die Stellung der Regierung ist durch die Erörterung über den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung bedeutenderweise geprägt worden. Es ist falsch, daß die Regierung ohne Sozialdemokratie nicht leben und aktionsfähig sein kann. Der Ruf nach der Sozialdemokratie müsse vor uns stehen. Jetzt sei es an der Sozialdemokratie, Schritte zu tun, wenn sie glaubt, daß die Zeit gekommen ist, sich an der Regierung zu beteiligen. Die Regierung müsse unbedingt durch die Haltung der Sozialdemokratie eine aktive und entschlossene Politik treiben und ihre Stellung an den Parteien richten und uns aufzusuchen. Wenn die Regierung neuzeitlich ein großes Aktionssprogramm aufgestellt hat, das inhaltlich volle Bildung verdient, so hat die Sozialdemokratie nun mehr die Wahl, ob und inwieweit sie die Ausführung dieses Programms fördern will. Die Regierung muß an diesem Programm festhalten, auch auf die Gefahr hin, gefürchtet zu werden." Der Redner forderte abgesehen eine vertrauensvolle Grundlage für das Verhältnis zum Reich und den Ländern, erklärte in einzelnen die Aufgaben der Regierung und schloß mit einer Darstellung der sozialpolitischen und organisatorischen Aufgaben der Partei. Er forderte eine verbindliche Befriedung der religiösen, kulturellen und nationalen Fragen.

Am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie die Entscheidung, ob sie die Regierung weiter stützen oder stärken wolle. Es sei Sache der Regierung, unter Darlegung ihres Programms die Volkswirtsetzung vor die Entscheidung zu stellen, ob der Regierung ihr Vertrauen erhalten möge oder nicht. Der Redner gebot der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, mit der die Politik der Mittellinie weitergeführt werden müsse und auf deren Mitwirkung die demokratische Partei den größten Wert lege. Er schloß mit der Aufforderung an die Regierung zu einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegen die verunglimpfligen Bestrebungen, neben der Regierung Verwaltung und Kontrollinstanzen zu schaffen. Reichsminister Dr. Koch beharrte, daß es grundsätzlicher Anhänger einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Nach der bedeutenden Belehrung der Sozialdemokratie, daß an der Regierung zu beteiligen, könnten aber Regierung und Partei nicht mehr darauf zurückkommen. Unter Zustimmung der Fraktion erklärte der Redner, er wisse, daß die Frontlinie auf seinem Begriff mit der Regierung nicht werde. Er legte es, die Politik der Regierung voran einzurichten, daß sie unter keinen Umständen die Wehrhafte des Parlaments vertrete und erklärte unter lebhaftem Beifall: "Wir sind nicht die Aufgabe der Regierung, wir unter allen Umständen zu halten, sondern das zu tun, was für richtig halte. Dann befahl er das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und forderte eine Dezentralisation Preußens, die notwendig sei. Die Abstimmung Süddeutschlands über die heutigen Verhältnisse röhrt viel weniger von der Verfolgung her, als von der denkmalen Arroganz und Unwissenheit und der Übermacht des Berliner Wirtschaftslebens, die sich daraus entwickelt habe. Es müsse auf allen Seiten der gute Will beobachten, die Voten der nationalen Einheit etwas wichtiger zu tragen, wie ihre Vortrete. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei als heute und daß die ermächtigende Rettung von den Notwendigkeiten ihrer Art dazu führen werde, auch die unglückliche

Entscheidung aufzulegen. Am Ende der Sitzung

am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie die Entscheidung, ob sie die Regierung weiter stützen oder stärken wolle. Es sei Sache der Regierung, unter Darlegung ihres Programms die Volkswirtsetzung vor die Entscheidung zu stellen, ob der Regierung ihr Vertrauen erhalten möge oder nicht. Der Redner gebot der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, mit der die Politik der Mittellinie weitergeführt werden müsse und auf deren Mitwirkung die demokratische Partei den größten Wert lege. Er schloß mit der Aufforderung an die Regierung zu einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegen die verunglimpfligen Bestrebungen, neben der Regierung Verwaltung und Kontrollinstanzen zu schaffen. Reichsminister Dr. Koch beharrte, daß es grundsätzlicher Anhänger einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Nach der bedeutenden Belehrung der Sozialdemokratie, daß an der Regierung zu beteiligen, könnten aber Regierung und Partei nicht mehr darauf zurückkommen. Unter Zustimmung der Fraktion erklärte der Redner, er wisse, daß die Frontlinie auf seinem Begriff mit der Regierung nicht werde. Er legte es, die Politik der Regierung voran einzurichten, daß sie unter keinen Umständen die Wehrhafte des Parlaments vertrete und erklärte unter lebhaftem Beifall: "Wir sind nicht die Aufgabe der Regierung, wir unter allen Umständen zu halten, sondern das zu tun, was für richtig halte. Dann befahl er das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und forderte eine Dezentralisation Preußens, die notwendig sei. Die Abstimmung Süddeutschlands über die heutigen Verhältnisse röhrt viel weniger von der Verfolgung her, als von der denkmalen Arroganz und Unwissenheit und der Übermacht des Berliner Wirtschaftslebens, die sich daraus entwickelt habe. Es müsse auf allen Seiten der gute Will beobachten, die Voten der nationalen Einheit etwas wichtiger zu tragen, wie ihre Vortrete. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei als heute und daß die ermächtigende Rettung von den Notwendigkeiten ihrer Art dazu führen werde, auch die unglückliche

Entscheidung aufzulegen. Am Ende der Sitzung

am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie die Entscheidung, ob sie die Regierung weiter stützen oder stärken wolle. Es sei Sache der Regierung, unter Darlegung ihres Programms die Volkswirtsetzung vor die Entscheidung zu stellen, ob der Regierung ihr Vertrauen erhalten möge oder nicht. Der Redner gebot der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, mit der die Politik der Mittellinie weitergeführt werden müsse und auf deren Mitwirkung die demokratische Partei den größten Wert lege. Er schloß mit der Aufforderung an die Regierung zu einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegen die verunglimpfligen Bestrebungen, neben der Regierung Verwaltung und Kontrollinstanzen zu schaffen. Reichsminister Dr. Koch beharrte, daß es grundsätzlicher Anhänger einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Nach der bedeutenden Belehrung der Sozialdemokratie, daß an der Regierung zu beteiligen, könnten aber Regierung und Partei nicht mehr darauf zurückkommen. Unter Zustimmung der Fraktion erklärte der Redner, er wisse, daß die Frontlinie auf seinem Begriff mit der Regierung nicht werde. Er legte es, die Politik der Regierung voran einzurichten, daß sie unter keinen Umständen die Wehrhafte des Parlaments vertrete und erklärte unter lebhaftem Beifall: "Wir sind nicht die Aufgabe der Regierung, wir unter allen Umständen zu halten, sondern das zu tun, was für richtig halte. Dann befahl er das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und forderte eine Dezentralisation Preußens, die notwendig sei. Die Abstimmung Süddeutschlands über die heutigen Verhältnisse röhrt viel weniger von der Verfolgung her, als von der denkmalen Arroganz und Unwissenheit und der Übermacht des Berliner Wirtschaftslebens, die sich daraus entwickelt habe. Es müsse auf allen Seiten der gute Will beobachten, die Voten der nationalen Einheit etwas wichtiger zu tragen, wie ihre Vortrete. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei als heute und daß die ermächtigende Rettung von den Notwendigkeiten ihrer Art dazu führen werde, auch die unglückliche

Entscheidung aufzulegen. Am Ende der Sitzung

am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie die Entscheidung, ob sie die Regierung weiter stützen oder stärken wolle. Es sei Sache der Regierung, unter Darlegung ihres Programms die Volkswirtsetzung vor die Entscheidung zu stellen, ob der Regierung ihr Vertrauen erhalten möge oder nicht. Der Redner gebot der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, mit der die Politik der Mittellinie weitergeführt werden müsse und auf deren Mitwirkung die demokratische Partei den größten Wert lege. Er schloß mit der Aufforderung an die Regierung zu einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegen die verunglimpfligen Bestrebungen, neben der Regierung Verwaltung und Kontrollinstanzen zu schaffen. Reichsminister Dr. Koch beharrte, daß es grundsätzlicher Anhänger einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Nach der bedeutenden Belehrung der Sozialdemokratie, daß an der Regierung zu beteiligen, könnten aber Regierung und Partei nicht mehr darauf zurückkommen. Unter Zustimmung der Fraktion erklärte der Redner, er wisse, daß die Frontlinie auf seinem Begriff mit der Regierung nicht werde. Er legte es, die Politik der Regierung voran einzurichten, daß sie unter keinen Umständen die Wehrhafte des Parlaments vertrete und erklärte unter lebhaftem Beifall: "Wir sind nicht die Aufgabe der Regierung, wir unter allen Umständen zu halten, sondern das zu tun, was für richtig halte. Dann befahl er das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und forderte eine Dezentralisation Preußens, die notwendig sei. Die Abstimmung Süddeutschlands über die heutigen Verhältnisse röhrt viel weniger von der Verfolgung her, als von der denkmalen Arroganz und Unwissenheit und der Übermacht des Berliner Wirtschaftslebens, die sich daraus entwickelt habe. Es müsse auf allen Seiten der gute Will beobachten, die Voten der nationalen Einheit etwas wichtiger zu tragen, wie ihre Vortrete. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei als heute und daß die ermächtigende Rettung von den Notwendigkeiten ihrer Art dazu führen werde, auch die unglückliche

Entscheidung aufzulegen. Am Ende der Sitzung

am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie die Entscheidung, ob sie die Regierung weiter stützen oder stärken wolle. Es sei Sache der Regierung, unter Darlegung ihres Programms die Volkswirtsetzung vor die Entscheidung zu stellen, ob der Regierung ihr Vertrauen erhalten möge oder nicht. Der Redner gebot der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, mit der die Politik der Mittellinie weitergeführt werden müsse und auf deren Mitwirkung die demokratische Partei den größten Wert lege. Er schloß mit der Aufforderung an die Regierung zu einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegen die verunglimpfligen Bestrebungen, neben der Regierung Verwaltung und Kontrollinstanzen zu schaffen. Reichsminister Dr. Koch beharrte, daß es grundsätzlicher Anhänger einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Nach der bedeutenden Belehrung der Sozialdemokratie, daß an der Regierung zu beteiligen, könnten aber Regierung und Partei nicht mehr darauf zurückkommen. Unter Zustimmung der Fraktion erklärte der Redner, er wisse, daß die Frontlinie auf seinem Begriff mit der Regierung nicht werde. Er legte es, die Politik der Regierung voran einzurichten, daß sie unter keinen Umständen die Wehrhafte des Parlaments vertrete und erklärte unter lebhaftem Beifall: "Wir sind nicht die Aufgabe der Regierung, wir unter allen Umständen zu halten, sondern das zu tun, was für richtig halte. Dann befahl er das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und forderte eine Dezentralisation Preußens, die notwendig sei. Die Abstimmung Süddeutschlands über die heutigen Verhältnisse röhrt viel weniger von der Verfolgung her, als von der denkmalen Arroganz und Unwissenheit und der Übermacht des Berliner Wirtschaftslebens, die sich daraus entwickelt habe. Es müsse auf allen Seiten der gute Will beobachten, die Voten der nationalen Einheit etwas wichtiger zu tragen, wie ihre Vortrete. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei als heute und daß die ermächtigende Rettung von den Notwendigkeiten ihrer Art dazu führen werde, auch die unglückliche

Entscheidung aufzulegen. Am Ende der Sitzung

am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie die Entscheidung, ob sie die Regierung weiter stützen oder stärken wolle. Es sei Sache der Regierung, unter Darlegung ihres Programms die Volkswirtsetzung vor die Entscheidung zu stellen, ob der Regierung ihr Vertrauen erhalten möge oder nicht. Der Redner gebot der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, mit der die Politik der Mittellinie weitergeführt werden müsse und auf deren Mitwirkung die demokratische Partei den größten Wert lege. Er schloß mit der Aufforderung an die Regierung zu einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegen die verunglimpfligen Bestrebungen, neben der Regierung Verwaltung und Kontrollinstanzen zu schaffen. Reichsminister Dr. Koch beharrte, daß es grundsätzlicher Anhänger einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Nach der bedeutenden Belehrung der Sozialdemokratie, daß an der Regierung zu beteiligen, könnten aber Regierung und Partei nicht mehr darauf zurückkommen. Unter Zustimmung der Fraktion erklärte der Redner, er wisse, daß die Frontlinie auf seinem Begriff mit der Regierung nicht werde. Er legte es, die Politik der Regierung voran einzurichten, daß sie unter keinen Umständen die Wehrhafte des Parlaments vertrete und erklärte unter lebhaftem Beifall: "Wir sind nicht die Aufgabe der Regierung, wir unter allen Umständen zu halten, sondern das zu tun, was für richtig halte. Dann befahl er das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und forderte eine Dezentralisation Preußens, die notwendig sei. Die Abstimmung Süddeutschlands über die heutigen Verhältnisse röhrt viel weniger von der Verfolgung her, als von der denkmalen Arroganz und Unwissenheit und der Übermacht des Berliner Wirtschaftslebens, die sich daraus entwickelt habe. Es müsse auf allen Seiten der gute Will beobachten, die Voten der nationalen Einheit etwas wichtiger zu tragen, wie ihre Vortrete. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei als heute und daß die ermächtigende Rettung von den Notwendigkeiten ihrer Art dazu führen werde, auch die unglückliche

Entscheidung aufzulegen. Am Ende der Sitzung

am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie die Entscheidung, ob sie die Regierung weiter stützen oder stärken wolle. Es sei Sache der Regierung, unter Darlegung ihres Programms die Volkswirtsetzung vor die Entscheidung zu stellen, ob der Regierung ihr Vertrauen erhalten möge oder nicht. Der Redner gebot der Mitarbeit der Deutschen Volkspartei, mit der die Politik der Mittellinie weitergeführt werden müsse und auf deren Mitwirkung die demokratische Partei den größten Wert lege. Er schloß mit der Aufforderung an die Regierung zu einer klaren und unzweideutigen Stellungnahme gegen die verunglimpfligen Bestrebungen, neben der Regierung Verwaltung und Kontrollinstanzen zu schaffen. Reichsminister Dr. Koch beharrte, daß es grundsätzlicher Anhänger einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist. Nach der bedeutenden Belehrung der Sozialdemokratie, daß an der Regierung zu beteiligen, könnten aber Regierung und Partei nicht mehr darauf zurückkommen. Unter Zustimmung der Fraktion erklärte der Redner, er wisse, daß die Frontlinie auf seinem Begriff mit der Regierung nicht werde. Er legte es, die Politik der Regierung voran einzurichten, daß sie unter keinen Umständen die Wehrhafte des Parlaments vertrete und erklärte unter lebhaftem Beifall: "Wir sind nicht die Aufgabe der Regierung, wir unter allen Umständen zu halten, sondern das zu tun, was für richtig halte. Dann befahl er das Verhältnis des Reichs zu den Ländern und forderte eine Dezentralisation Preußens, die notwendig sei. Die Abstimmung Süddeutschlands über die heutigen Verhältnisse röhrt viel weniger von der Verfolgung her, als von der denkmalen Arroganz und Unwissenheit und der Übermacht des Berliner Wirtschaftslebens, die sich daraus entwickelt habe. Es müsse auf allen Seiten der gute Will beobachten, die Voten der nationalen Einheit etwas wichtiger zu tragen, wie ihre Vortrete. Der Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lage Deutschlands so verzweifelt gewesen sei als heute und daß die ermächtigende Rettung von den Notwendigkeiten ihrer Art dazu führen werde, auch die unglückliche

Entscheidung aufzulegen. Am Ende der Sitzung

am Sonnabend früh stießen der Parteivorsitzende Dr. Peter Lenau und Reichsminister Dr. Koch ihre Reden. Ersterer bezeichnete als Hauptproblem der jetzigen Politik die Erhaltung der demokratischen Regierung und natürlich der Wirtschaft, sowie die Gewinnung der Finanzen. Auch er überließ der Sozialdemokratie











